

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Einladung

Hiermit lade ich Sie zur

### **31. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne**

ein.

---

Sitzungstermin: Mittwoch, 29.04.2009, 17:30 Uhr

Ort, Raum: Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226

---

#### **Tagesordnung:**

##### Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1      **Liste der Bauanträge und Baugenehmigungen**
- TOP 2      **Information zum Stand der Haushaltsdurchführung  
Kapitel 4610/ Titel 893 31 und 893 39  
- aktuelle Liste**

##### Öffentlicher Teil

- TOP 3      **Genehmigung der Tagesordnung**
- TOP 4      **Genehmigung des Protokolls der 30. Sitzung vom 25.03.2009**
- TOP 5      **Aktuelle Viertelstunde**
- TOP 6      **Mitteilungen**  
TOP 6.1    **des Vorsitzenden**  
TOP 6.2    **des Bezirksamtes**
- TOP 7      **Aktuelle Themen**  
TOP 7.1    **Haushaltsplanaufstellung 2010-2011  
Mindeststandards gemäß Haushaltspolitischer Leitlinien für den  
Doppelhaushaltsplan 2010/2011 (Beschluss DS 1134-III aus BVV 19.2.2009)**  
TOP 7.2    **Bebauungsplan III - 238 (Afrikanische Str. / Transvaalstr.) - Bearbeitungsstand**  
BE: Bezirksamt
- TOP 7.3    **Bebauungsplanentwurf I-43 (Banane)                    - Festsetzung Wohnen**  
BE: Bezirksamt
- TOP 7.4    **Bebauungsplanentwurf 1-45VE (VzK DS 1178-III aus BVV 19.3.09)**  
BE: Bezirksamt

- TOP 7.5 **Vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für die Turmstraße und Müllerstraße** - Planungsstand und Aussicht  
BE: Bezirksamt
- TOP 7.6 **Förderprogramm "Aktive Stadtzentren"** - Planungsstand und Aussicht  
BE: Bezirksamt
- TOP 7.7 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Luisenstadt** - Planungsstand und Aussicht  
BE: Bezirksamt
- TOP 8 **Beratung und Beschlussfassung von Drucksachen und Bezirksamtsvorlagen**  
TOP 8.1 **Massiver Ausbreitung von Spielhallen in den Einkaufsstraßen begegnen**  
**DS 1204/III** CDU-Fraktion
- TOP 9 **Verschiedenes**

Mit freundlichen Grüßen

Bertermann  
Vorsitzender

½ Stunde vor Sitzungsbeginn Vorbesprechung der Fraktionen  
Rückfragen über das BVV-Büro Tel.:9018 24555

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 29.04.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226

---

#### Anwesend sind:

Frau David, Annette	SPD
Herr Hobrack, Volker	SPD
Herr Koch, Thomas	SPD
Herr Neuhaus, Lars	SPD
Frau Hilse, Claudia	CDU
Herr Kiske, Heinz	CDU
Herr Dr. Schulze, Dieter	CDU
Herr Bertermann, Frank	Grüne
Herr Jaath, Jörn	Grüne
Herr Diedrich, Sven	Die Linke
Herr Pawlowski, Peter	FDP
Herr Bausch, Martin	Grüne
Herr Bhaduri, Debasish	FDP

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

#### Nichtöffentlicher Teil

#### **zu 1 Liste der Bauanträge und Baugenehmigungen**

Frau Lier erläutert anhand von Plänen die vorab gestellten Fragen der Ausschussmitglieder.

#### **zu 2 Information zum Stand der Haushaltsdurchführung Kapitel 4610/ Titel 893 31 und 893 39 - aktuelle Liste**

Da vorab kein Informationsbedarf der Ausschussmitglieder signalisiert wurde, entfällt der TOP.

**zu 3 Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**zu 4 Genehmigung des Protokolls der 30. Sitzung vom 25.03.2009**

Das Protokoll wird genehmigt.

Herr Bertermann erinnert an die Zusage zur Nachreichung einer Information bezüglich des B-Plans 1-41 VE (Lützowplatz), Finanzbestätigung des Investors. Dazu führt Herr Gothe aus, dass dem Bezirksamt seit März 2008 eine Finanzierungsbestätigung der Hypo Real Estate Bank vorliegt. Diese Finanzierungsbestätigung wird vom Bezirksamt nicht in Frage gestellt, zumal der Bund mit einer beabsichtigten langfristigen Liquiditäts- und Kapitalunterstützung die Voraussetzung für den Fortbestand der Hypo Real Estate-Group geschaffen hat. Zusätzlich liegt eine erneute Bestätigung der Hypo Real Estate Bank vom 27.04.2009 vor.

**zu 5 Aktuelle Viertelstunde**

SPD-Fraktion: keine Nachfrage

CDU-Fraktion: keine Nachfrage

Fraktion Bü90/Grüne:

Herr Bertermann fragt nach dem aktuellen Sachstand des Schultheiß-Areals. Herr Gothe verweist dazu auf die Beantwortung zweier Drucksachen, welche in der nächsten Woche vorliegen müssten. Er erklärt, dass sich mit der Erarbeitung eines neuen Konzeptes alle wesentlichen Konfliktthemen entschärft haben. Das Projekt hat nun einen Stand erreicht, um das B-Planverfahren fortzuführen.

Fraktion Die Linke: keine Nachfrage

FDP-Fraktion: keine Nachfrage

**zu 6 Mitteilungen**

**zu 6.1 des Vorsitzenden**

keine

**zu 6.2 des Bezirksamtes**

Abschlussveranstaltung der Sanierung der Rosenthaler Vorstadt

Herr Gothe verteilt das Programm für die Abschlussveranstaltung der Sanierung der Rosenthaler Vorstadt an die Ausschussmitglieder.

Grundstück Adalbertstraße/Schulgrundstück

Herr Gothe teilt mit, dass dieses Grundstück im Zusammenhang mit der Luisenstadt bereits diskutiert wurde. Es gab ein Bieterverfahren, worauf sich fünf Discounterentwickler gemeldet haben. Da diese Ansiedlungen auch vom Liegenschaftsfonds nicht unterstützt werden, wurde das Verfahren eingestellt. Das Bezirksamt hat beschlossen den Liegenschaftsfonds schriftlich zu ersuchen, dieses Grundstück nicht zu veräußern. Das Bezirksamt geht aufgrund des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, welches dieses Jahr durchgeführt wird, davon aus, dass dort in den nächsten 10 Jahren mindestens 1000 Wohnungen entstehen können. Es kann dann ein erneuter Bedarf an sozialer Infrastruktur entstehen.

Herr Gothe führt aus, dass er deshalb den Liegenschaftsfonds mit der Bitte angeschrieben hat, dieses Grundstück für 10 Jahre zwischen zu vermieten. Anschließend soll das Grundstück dem Bezirk wieder angeboten werden.

Der Bezirk kann dann entscheiden, ob er das Grundstück zurück haben möchte. Herr Gothe berichtet, dass er eine Antwort vom Liegenschaftsfonds erhalten hat.

In dieser Antwort wurde mitgeteilt, dass dem Vorschlag grundsätzlich zugestimmt wird, allerdings nur, wenn diesbezüglich eine Weisung der Senatsfinanzverwaltung getätigt wird.

Herr Gothe legt dar, dass er dieses Thema am nächsten Dienstag im Bezirksamt besprechen wird, anschließend wird er die Senatsfinanzverwaltung bitten, den Liegenschaftsfonds anzuweisen, dieses Grundstück für eine Zwischenzeit zu behalten. Herr Gothe teilt mit, dass er auf ein positives Ergebnis hofft.

Herr Hobrack fragt nach der aktuellen Nutzung des Gebäudes.

Herr Gothe antwortet, dass in diesem Gebäude ein momentaner Leerstand herrscht.

Herr Neuhaus fragt nach, wie Herr Gothe die Aussichten auf eine Weisung der Senatsfinanzverwaltung gegenüber dem Liegenschaftsfonds einschätzt.

Herr Gothe teilt mit, dass es sich dabei um ein heikles Unterfangen handelt. Er legt dar, dass es in der Koalition des Abgeordnetenhauses dazu eine Verständigung gab welche besagt, dass der Liegenschaftsfonds solche Arten von „Zwischenparken“ verstärkt tätigen soll, wenn es sinnvoll erscheint. Herr Gothe hofft, dass es durch diese Sensibilisierung im Abgeordnetenhaus gelingt, die Senatsfinanzverwaltung zu überzeugen, den Liegenschaftsfonds zu weisen.

#### Aufgabe eines Schulstandortes südlich der Leipziger Straße („Krausenblock“)

Herr Gothe berichtet, dass die Schulnutzung als Fachnutzung aufgegeben wurde, jedoch nicht die Sport- und Jugendnutzung. Anfängliche Ideen, auch diese Nutzungen und Gebäude aufzugeben, wurden inzwischen verworfen. Somit ist von dem alten Friedrichstadtblock eine Ecke und ein Mittelstück nicht zurückgegeben worden. Für den restlichen Block soll mit dem Liegenschaftsfonds ein städtebauliches Gutachterverfahren durchgeführt werden. Geplant ist eine gemischt genutzte Struktur mit mehreren Häusern mit einem hohen Wohnanteil von ca. 50-60%. Ferner muss bei der städtebaulichen Konzeption aufgrund einiger Restitutionsansprüche die alte Pazellenstruktur berücksichtigt werden. Das Verfahren wurde nun gestartet, am 11.05.2009 findet ein erstes Zwischenkolloquium statt, am 15.06.2009 wird dann eine Jurysitzung durchgeführt. Herr Gothe teilt mit, dass er in der nächstfolgenden Ausschusssitzung das Ergebnis vorstellen wird.

#### Entwurf einer Gestaltungsverordnung für das „Historische Zentrum“

Herr Gothe berichtet, dass es dazu eine öffentliche Veranstaltung in der Bauakademie gab. Er verteilt die Einladung der Veranstaltung an die Ausschussmitglieder und verweist auf die Rückseite, auf der die wesentlichen Punkte der Gestaltungsverordnung aufgelistet sind.

#### Projekt in Wedding/ alte Schwimmhalle in der Gerichtstraße 65

Herr Gothe teilt mit, dass die alte Schwimmhalle nun erworben wurde. Der Erwerber sieht vor, ein kulturwirtschaftliches Projekt zu starten. Das Bezirksamt hat mit dem Erwerber ein Termin durchgeführt, grundsätzlich hat man einen positiven Eindruck. Der Erwerber scheint nicht zwingend darauf angewiesen zu sein, sofort eine Rendite zu erwirtschaften. Um auf das Gebäude aufmerksam zu machen, schlägt der Erwerber eine temporäre Fassadengestaltung von 3 bis 4 Monaten vor (ein Entwurf dieser Gestaltung wird herumgegeben). Herr Gothe ist der Ansicht, dass es sich um eine relativ auffällige Fassadengestaltung handelt, allerdings ist es in dem Teil von Wedding (Gerichtstraße) nicht verkehrt, für einen temporären Zeitraum Aufmerksamkeit zu erregen. Es könnte hilfreich dabei sein, dieses Projekt publik zu machen.

#### Juryverfahren für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal auf der Schlossfreiheit

Herr Gothe berichtet, dass er an diesem Juryverfahren teilgenommen hat. Es wurden 563 Einsendungen bewertet. Ziel war es, etwa 20 Entwürfe auszuwählen, um sie in eine Überarbeitung zu schicken. Im Laufe des Verfahrens stellte sich heraus, dass die Jury keinen dieser Vorschläge zu einer Überarbeitung empfehlen möchte. Deshalb wurde dem Auslober (Bundesregierung) empfohlen, dieses Verfahren zu beenden und ein neues Verfahren zu starten. Ferner wurde die Empfehlung getätigt, aus dem Bewerberfeld ca. 1 Dutzend Entwürfe weiterhin zu berücksichtigen. Es soll auch daran festgehalten werden, dass am 05.05.2009 sämtliche 563 Vorschläge im Kronprinzenpalais ausgestellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Jaath teilt Herr Gothe mit, dass am Rande der Diskussion auch

über den Standort des Denkmals debattiert wurde.

Die Schlossfreiheit ist für einen Entwurfsprozess eine enorme Hypothek, da der Grundriss der Schlossfreiheit sehr speziell ist und stets ein Zusammenhang mit der monarchistischen Tradition dieses Ortes hervorgerufen wird. Herr Gothe führt aus, dass auch andere Orte in die Diskussion gebracht wurden, allerdings ist die Wahl des Ortes dem Auslober zu überlassen, die Jury hat in diesem Fall keinerlei Handhabe.

#### Marx-Engels-Forum

Herr Gothe legt dar, dass in den Medien täglich neue Vorschläge zur Realisierung veröffentlicht werden. Die Planungshoheit für diesen Bereich liegt beim Bezirk. Herr Gothe ist der Ansicht, dass diese Thematik im Ausschuss behandelt werden sollte, um diesbezüglich ein Meinungsbild zu erstellen. Er schlägt vor, das Thema in der nächsten Ausschusssitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 7

### **Aktuelle Themen**

zu 7.1

#### **Haushaltsplanaufstellung 2010-2011**

##### **Mindeststandards gemäß Haushaltspolitischer Leitlinien für den Doppelhaushaltsplan 2010/2011 (Beschluss DS 1134-III aus BVV 19.2.2009)**

Herr Bertermann teilt vorab mit, dass noch keine konkreten Zahlen vorliegen. Er schlägt deshalb vor, keine tiefgehende Diskussion zum Thema zu führen. Es soll sich lediglich darauf beschränkt werden, dem Bezirksamt Vorschläge zu unterbreiten, welche Mindeststandards in einem Eckwertebeschluss berücksichtigt werden sollen.

Herr Gothe verweist auf die vorab verteilten Unterlagen an die Fraktionen und führt aus, dass im Rahmen einer Diskussion im Umweltausschuss Informationen zu den beiden LuVs -Straßen- und Grünflächenamt- und -Umwelt und Natur- gegeben wurden. Für die beiden anderen LuVs –Vermessungswesen- und -Planen und Genehmigen- wurde nun ebenfalls eine Übersicht erstellt. Ferner wurde eine Gewinn- und Verlustrechnung der Produktbudgets für 2010 auf der Basis der Kosten- und Leistungsrechnung 2008 in einer Tabellenform dargelegt. Daraus geht hervor, dass das LuV -Planen und Genehmigen- mit 162.000 Euro ein Gewinnbringer im Bezirksvergleich ist, ebenso das LuV – Vermessungswesen- mit 169.000 Euro. Herr Gothe führt aus, dass zusätzlich die Zielvereinbarung beider LuVs für 2008 und 2009 in Kopie beigefügt wurden.

Herr Bertermann teilt mit, dass aus den Unterlagen hervorgeht, dass es keine größeren Probleme (personelle oder inhaltliche Defizite) im Bereich des bürgerfreundlichen Impulsmanagements bestehen. Allerdings gibt es Defizite bei der Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren. Herr Bertermann fragt diesbezüglich nach, ob in diesem Bereich eine personelle Verstärkung notwendig ist.

Herr Bertermann legt weiterhin dar, dass laut Unterlagen langfristig gesehen personelle Probleme im Vermessungsamt entstehen werden.

Herr Gothe antwortet, dass das Vermessungsamt nur gesetzliche Pflichtaufgaben erfüllt, insofern kann diesbezüglich nicht über Mindeststandards diskutiert werden.

Auch beim LuV –Planen und Genehmigen- soll identifiziert werden, ob ausschließlich gesetzliche Aufgaben wahrgenommen werden.

Herr Jaath führt aus, dass Standards auch durch eine Sicherung und nachhaltige Weiterführung definiert werden können. Ein Beispiel dafür wäre die Bürgerbeteiligung. Hierzu sollte man überlegen, wie diese nachhaltig zu sichern ist. Er ist der Ansicht, dass dies bei der Haushaltsplanung entsprechend berücksichtigt werden sollte.

Ferner regt er an, zu beraten, inwiefern bestimmte Beteiligungsformen in der Nachfolge weiter förderungswürdig sind.

Herr Hobrack teilt mit, dass man im Rahmen der Diskussion im Umweltausschuss festgestellt hat, dass im Bereich Straßen- und Grünflächenamt die jetzige notwendige Instandhaltung/ Pflege von Grünanlagen bereits unterschritten wird. Er legt dar, dass die personelle Ausstattung schon jetzt sehr gering ist, d.h. eine Formulierung von bestimmten Standards erzeugt gleichzeitig neue Schwierigkeiten (erhöhter personeller Aufwand usw.).

Herr Hobrack ist der Ansicht, dass man immer wieder abfragen sollte, wie viel B-Pläne beispielsweise noch in der Bearbeitung sind und ob diesbezüglich Probleme vorliegen. An

derartigen Dingen sollte man messen, dies würde ein Mindeststandard darstellen, welcher im Dialog zu erfassen ist.

Herr Bertermann teilt dazu mit, dass es eine Anfrage gibt, wo insbesondere das Bezirksamt mitteilt, welche B-Pläne 2009 weiterbearbeitet oder eingestellt werden, d.h. diese Informationen liegen bereits vor.

Herr Gothe führt aus, dass die Frage der Prioritäten bei B-Plänen gerne erörtert werden kann, ihm selbst ist diese Problematik ein Anliegen. Herr Gothe teilt ferner mit, dass die Städtebau-Förderprogramme eine enorme Einnahmequelle darstellen. Für diese Programme wird natürlich Personal benötigt, dadurch entstehen die personellen Engpässe im LuV –Plänen und Genehmigen-. Herr Gothe ist der Ansicht, dass man den Personalaufwand zur Bearbeitung der Städtebau-Förderprogramme mit den daraus resultierenden finanziellen Einnahmen ins Verhältnis setzen und erörtern sollte.

Herr Bausch bezieht sich auf eine Textpassage aus der Zielvereinbarung 08/09 für das LuV –Plänen und Genehmigen-, Abgeleitete Globalziele, (Punkt 1.2):

#### Erstellung des Plans/ Planwerk Mitte

##### *Übertragung der Planungen im Bezirk Mitte in die Plansprache des Planwerkes Innenstadt*

Herr Bausch fragt nach dem Sinn dieser Passage, da das Planwerk Innenstadt in der Logik der Planungsebenen in Berlin nicht integriert ist. Ferner fragt er nach, ob dies Arbeitskraft bindet. Sollte dies so sein, regt Herr Bausch an, vor Arbeitsbeginn eine Diskussion über die Befürwortung durchzuführen.

Herr Gothe teilt mit, dass diese Arbeit weitgehend beendet ist. Er legt dar, dass in einem Bericht (Stadtplan Mitte) eine Präsentation der Erstellung dieser Karte im Jahr 2009 angekündigt wurde.

Herr Bertermann greift den Vorschlag von Herrn Jaath auf, im nächsten Haushalt die Finanzierung der Verstärkung der Bürgerbeteiligung zu sichern. Er bittet die Fraktionen um Stellungnahme dazu.

Herr Pawlowski legt dar, dass es zum jetzigen Zeitpunkt äußerst schwierig ist, Mindeststandards festzulegen. Es kann passieren, dass man sich im Rahmen der Haushaltsdiskussion nur auf Mindeststandards in einem bestimmten Bereich verständigt werden muss, da die Mindeststandards in anderen Bereichen aufgrund der Haushaltssituation nicht erfüllbar sind.

Frau Hilse fragt nach, was sich eigentlich hinter diesen Mindeststandards verbirgt und wie die haushaltspolitischen Leitlinien konkret umgesetzt werden können. Sie gibt zu bedenken, dass die finanziellen Ressourcen derzeit nicht einmal für die Pflichtaufgaben des Bezirkes auskömmlich sind.

Herr Gothe erläutert, dass der Begriff –Mindeststandards- nicht der einzige ist, welcher im Rahmen der haushaltspolitischen Leitlinien festgelegt worden ist. Es gibt auch noch andere Fragestellungen, z.B.:

- Welche fachpolitischen Ziele sollen erreicht werden?
- Welche Organisationseinheiten erzielen positive bzw. negative Budgetierungsergebnisse?
- Aus welchen Budgets werden budgetdefizitäre Bereiche in welcher Höhe unterstützt?

Herr Bausch bezieht sich auf die Aussage, dass personelle Defizite bei der Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren bestehen. Er ist der Ansicht, dass der Ausschuss darauf entsprechend reagieren sollte.

Herr Jaath berichtet, dass im Rahmen der Beratung im Umweltausschuss als Mindeststandard festgelegt wurde, dass alle Pflichtaufgaben erledigt werden können. Die Diskussion zum Personal ist sehr wichtig und wurde ebenfalls im Umweltausschuss diskutiert. Diesbezüglich wurde dargestellt, dass gerade Bedarf im Fachpersonal besteht. Dementsprechend wird in naher Zukunft bezirksintern ein großes Problem entstehen. Herr Jaath legt dar, dass die Diskussionen zum Personal schwer zu führen sind, da es

sich dabei um Entscheidungen handelt, die nicht von der BVV getroffen werden.

Auf eine Nachfrage von Herrn Neuhaus erklärt Herr Gothe, dass eine Stelle für die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten festgelegt ist, diese Mitarbeiterin befindet sich zur Zeit aber im Erziehungsurlaub.

Herr Bertermann fragt nach, ob geplant ist, diese Stelle zeitweise zu besetzen. Herr Gothe antwortet, dass dies nicht gelungen ist.

Herr Pawlowski legt dar, dass die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren dem Bezirksamt Einnahmen einbringt, insofern sollte die personelle Ausstattung entsprechend angepasst werden. Er fragt nach, ob dies haushaltstechnisch möglich ist, da es sich schließlich um die Generierung von Einnahmen handelt.

Frau Lier antwortet, dass der Bezirk nur die wenigsten Bußgelder vereinnahmen kann, die widerspruchlos, gezahlt werden. Sobald gegen einen Bußgeldbescheid vorgegangen und im Zuge dessen das Gericht eingeschaltet wird, vereinnahmt nicht mehr der Bezirk diese Gelder, sondern die Gerichtskasse.

Herr Gothe bezieht sich erneut auf die Städtebau-Förderprogramme und teilt dazu mit, dass im Rahmen der Erhebung der Ausgleichsbeträge für die Rosenthaler Vorstadt und Spandauer Vorstadt in den nächsten Jahren 50 Mio. Euro vereinnahmt werden können. Aber auch nur, wenn der Bezirk mehr Personal bekommt. Herr Gothe schlägt vor, über das Personal im Zusammenhang mit diesem Programm zu beraten.

Nach erneuter ergebnisloser Nachfrage fasst Herr Bertermann zusammen, dass der Ausschuss zum heutigen Zeitpunkt keinen Bedarf sieht, Mindeststandards und diesbezügliche Empfehlungen für die Haushaltsplanaufstellung des Bezirksamtes zu formulieren.

Herr Bausch bittet das Bezirksamt, Personal aus anderen Beriechen abzustellen, um die Ausgleichsabgaben fristgerecht zu bearbeiten. Es ist darauf zu achten, dass die Personalausstattung ausreichend ist.

Frau Laduch legt dazu ergänzend dar, dass zwei zusätzliche Stellen zur Berechnung von Ausgleichsbeträgen angemeldet wurden.

## **zu 7.2    Bebauungsplan III - 238 (Afrikanische Str. / Transvaalstr.) - Bearbeitungsstand BE: Bezirksamt**

Herr Bertermann teilt mit, dass die Ausschussmitglieder zu diesem Thema vorab Informationen von Herrn Gothe erhalten haben.

Herr Kiske fragt nach, ob es neue Erkenntnisse über einen Investor gibt. Herr Gothe verneint.

Herr Kiske legt dar, dass laut Aussagen der Anwohner ein Nettomarkt realisiert werden soll. Herr Gothe teilt mit, dass dem Bezirksamt über die Planung eines Discounters nichts bekannt ist.

Herr Kiske führt aus, dass der B-Plan zurückgestellt aber nicht aufgegeben wurde. Er fragt nach den Gründen.

Herr Gothe antwortet, dass der B-Plan sehr sinnvoll ist. Es handelt sich dabei um ein gutes Konzept, um zu einer Bebauung zu kommen. Ferner handelt es sich um einen B-Plan mit einer Baukörperausweisung, d.h. man könnte beispielsweise eine Realisierung eines Discounters, welcher nicht in diese Baukörperausweisung passt, verhindern.

Frau Hilse teilt mit, dass dieser B-Plan seit vielen Jahren den gleichen Bearbeitungsstand aufweist und den Änderungen des Baurechtes schadlos überstanden hat. Sie fragt nach dem konkreten Grund zur Aufrechterhaltung dieses B-Planes, denn dieser geht aus der Stellungnahme vom 23.04. nicht erschöpfend hervor.

Herr Wesselhöfft erklärt, dass man den B-Plan einstellen könnte, da es kein unmittelbares Planerfordernis gibt. Es gibt einen übergeleiteten Baunutzungsplan, welcher allgemeines Wohngebiet mit einer bestimmten Baustufe festsetzt. Es wäre möglich, dieses Grundstück einer Wohnnutzung zuzuführen, wenn der Eigentümer Interesse daran hat. Die Frage ist, ob man dies ermöglichen will, obwohl dies in der Nutzungsdichte relativ

weit über das hinausgeht, was der Baunutzungsplan gegenwärtig zulässt. Es gibt gegenwärtig aber keine zwingende Notwendigkeit, dies zu tun. Nichtsdestotrotz kann das Verfahren wieder aufgegriffen werden, wenn ein Eigentümerinteresse besteht. Herr Wesselhöfft legt dar, dass es gleichwohl nicht notwendig ist, dieses Verfahren einzustellen, darüber gibt es auch keine Vorschriften.

### zu 7.3 **Bebauungsplanentwurf I-43 (Banane) - Festsetzung Wohnen** **BE: Bezirksamt**

Herr Gothe teilt mit, dass es in dem Verfahren eine rasante Entwicklung gibt. Zur Erläuterung sind Vertreter der Grundstückentwicklungsgesellschaft in der heutigen Sitzung anwesend.

Herr Gothe führt aus, dass es bezüglich des Wohnanteils unterschiedliche Ansichten gibt, deshalb muss über dieses Thema weiter diskutiert werden, um den Meinungsbildungsprozess in diesem Ausschuss voranzubringen. Er ist der Ansicht, dass man auf Grund der Lärmbelastung (Stadtbahn, Alexanderstraße) einen Wohnanteil nicht fordern kann.

Herr Beck als Vertreter der Grundstückentwicklungsgesellschaft (GeWoBe) teilt mit, dass für den Block 3a ein konkreter Antrag gestellt wurde, dieser wurde zum 20.04.2009 positiv beschieden. Die genehmigte Einzelhandelsfläche beträgt 13.000qm. Es handelt sich um ein Konzept, welches in Abstimmung mit dem Land Berlin (SenStadt) erfolgt. Dieser Abstimmungsprozess ist positiv verlaufen, man konnte sich darauf einigen, Regelungen (was die Größen der einzelnen Läden betrifft) aufzunehmen, die auch vom Vorhabenträger akzeptiert wurden. Es wurde ein entsprechender Antrag gestellt. Zum Konzept wird erläutert, dass grundsätzlich die Erschließung kleinteiliger Läden vom Straßenland erfolgt (keine Mall). An der Voltairestraße soll es einen Eingang geben, der eine vertikale Erschließung zulässt, um die im zweiten und dritten Geschoss befindlichen Einheiten zu erschließen. Zur Zeit wartet man auf die Bestandskraft des Vorbescheides. Das ~~zweite~~ Verfahren für den Block IV-bezieht sich auf den Neubau eines Hochhauses. Diesbezüglich soll ein Realisierungswettbewerb durchgeführt werden. Man hat einen Partner gewonnen, welcher an dieser Stelle eine Realisierung (Hotel- und Hotelnutzung) tätigen möchte. In Abstimmung mit Herrn Gothe hat man auch schon die Architekten gefunden. Man ist zuversichtlich, im nächsten Monat mit dem Wettbewerbsverfahren starten zu können. Nach der Sommerpause sollen Ergebnisse vorliegen.

Herr Piper (vom Investor mit Bearbeitung des B-Plans beauftragt) erläutert die Planungsgeschichte. Die vornals geplante Hochhausbebauung, die auch Wohnnutzungen vorsah, wurde im Einvernehmen mit dem Land Berlin aufgegeben. Die derzeit geplante Traufhöhe liegt bei 20.50 Meter bzw. 21.50 Meter. Mit den sich darauf anschließenden Staffelgeschossen ergibt sich eine Gebäudehöhe von max. 28 Meter. Auf Grund der Lärmemissionsbelastung ist eine B-Planfestsetzung für Wohnnutzungen unter 15.00m schwer zu begründen. Er schlägt als veränderte textliche Festsetzung vor, dass eine Wohnnutzung ab einer Höhe von 15 Meter über Gehweg möglich sein soll und der Gesamtwohnanteil auf 10.000qm begrenzt wird.

Auf die Frage von Herrn Koch, wer die Kosten des B-Plan- und Gutachterverfahrens trägt, führt Herr Piper aus, dass diese vom Investor zu tragen sind. Die Höhe der Kosten ist nach den letztendlichen Entwurfskosten zu berechnen und daher derzeit nicht bezifferbar. Dabei ist im vorliegenden Fall von einer Schallschutzklasse 5 (Belüftung, Schalldämmung) und dementsprechenden Mehrkosten auszugehen. Ein evtl. Wohnungsmietpreise dürften sich nicht unter 10 – 12€ kalt liegen.

Herr Pawlowski legt dar, dass aus Sicht der FDP-Fraktion eine Festlegung auf Wohnnutzung nicht zwingend notwendig ist. Er führt aus, dass es nicht sinnvoll ist, Wohnungen an einer Linie der S-Bahn und der Bahn zu realisieren. Er fragt nach der Sicht der Investoren.

Herr Bausch führt aus, dass die von Herrn Piper vorgetragenen neuen Formulierungen in den textlichen Festsetzung mit aufgenommen werden sollten. Er legt dar, dass die Fraktion Bündnis 90/Grünen sich klar für eine textliche Festsetzung ausspricht, welche eine allgemeine Zulässigkeit von Wohnen ab einer Höhe 15 Meter über dem Gehweg im gesamten Bebauungsplangebiet gewährt. Herr Bausch führt weiter aus, dass dieser B-Plan für einen Zeitraum aufgestellt wird, der sich hoffentlich auf 20 bis 30 Jahre beläuft.

Frau Hilse führt aus, dass ein Aufstellungsbeschluss vorliegt, ein Meinungsbild des Ausschusses, welches eine Tendenz erkennen lässt, liegt ebenfalls vor. Sie fragt nach, ob die heutige Diskussion dazu dient, um zu erkennen, ob die Tendenz im Ausschuss noch weiter besteht oder ob eventuelle Änderungen vorliegen. Sie fragt konkret nach der Zielrichtung des heutigen Tagesordnungspunktes.

Herr Gothe teilt dazu mit, dass der Bereich eine neue Dynamik entwickelt hat, da es ein Bauprojekt anschließend an dem Platz gibt, ferner gibt es für den südlichen Zipfel ein sehr anspruchsvolles Projekt mit einem kleinen Hochhaus, welches über einen Wettbewerb entschieden soll. Herr Gothe ist der Ansicht, dass der Meinungsbildungsprozess der Gemeinde weitergeführt werden sollte.

Herr Diedrich ist der Ansicht, dass solche Projekte nicht unter dem kurzfristigen Eindruck der Wirtschaftskrise geplant werden sollten. Er legt dar, dass es nicht gerechtfertigt ist, sich ausschließlich von der Renditeerwartung des Investors leiten zu lassen, sondern von städtebaulichen und stadtplanerischen Aspekten.

Herr Diedrich teilt mit, dass die Fraktion Die Linke auf einen verpflichtenden Wohnanteil für diesen B-Plan besteht.

Frau Hilse führt aus, dass sie Anrufe von Anwohnern aus der Gegend erhalten hat. Die Anwohner teilten mit, dass sie es nicht angenehm fänden, wenn Wohnen auf der jenseitigen Straßenseite nicht stattfinden würde. Bezüglich der Lärmbelastigung durch die Stadtbahn, die angeblich eine Wohnnutzung ausschließen würde, verweist Sie auf die erfolgreiche Wohnbebauung am Monbijoupark

Herr Bausch fragt nach, ob es möglich wäre, eine Teilfläche in der Gebietsausweisung von MK auf MI oder WA zu ändern.

Herr Piper antwortet darauf, dass dies die auch vom Land Berlin gewünschte bauliche Struktur und Dichte verhindern würde.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Koch, dass er sich der Auffassung der FDP anschließt und sich die SPD gegen die Festsetzung eines Wohnanteils.

Herr Koch teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion gegen eine zwingende Wohnrealisierung an dieser Stelle ausspricht, da in dem angrenzenden Viertel große Wohnbestände bestehen. Er führt aus, dass die SPD-Fraktion dem jetzt vorgeschlagenen Verfahren zustimmen kann.

Herr Bertermann hält fest, dass bei Änderungen des Verfahrens eine Vorlage zur Kenntnisnahme des Bezirksamtes erfolgt.

#### **zu 7.4      **Bebauungsplanentwurf 1-45VE (VzK DS 1178-III aus BVV 19.3.09)**** **BE: Bezirksamt**

Herr Henselmann (StplA) teilt mit, dass für den B-Plan bereits ein Aufstellungsbeschluss vorliegt, dieser wurde dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben. Es ist ein Großmarkt für Gastronomie und Handel geplant, das Grundstück beträgt eine Größe von rund 33.000 qm.

Er führt aus, dass es einige Differenzen hinsichtlich der Gestaltung des Gebäudes gab, darum wurde der Investor zur heutigen Sitzung eingeladen mit der Bitte, Alternativen zur Gestaltung der Fassaden anhand einer Powerpoint-Präsentation vorzustellen.

Herr Gothe teilt mit, dass es sich um ein großes Projekt handelt, welches im Zusammenhang mit dem Nordrand von Moabit, wo eine Umgehungsstraße gebaut wird, gesehen werden muss. Mit der neuen Umgehungsstraße und dem dazwischen liegenden Gewerbegebiet soll ein Puffer geschaffen werden, um die Wohnqualität an der Quitzow- und Siemensstr. aufzuwerten. Das wird in dem Teil der Quitzowstraße demnächst schon der Fall sein, da die neue Umgehungsstraße in dem Bereich in Betrieb genommen wird. Für die restliche alte Quitzowstraße erfolgt eine Verkehrsberuhigung, somit verändert sich die Situation schlagartig zum Positiven. Auf der westlichen Seite soll ebenfalls eine Umgehungsstraße realisiert werden, das diesbezügliche Planungsverfahren hat kürzlich begonnen. Das Gebäude wirkt als Lärmschutz zur Siemensstraße.

Herr Gothe führt ferner aus, dass gestern in einer Bürgerveranstaltung der überarbeitete Entwurf für den Moabiter Stadtgarten vorgestellt wurde. Dieser Stadtgarten wird sich neben dem Grundstück befinden.

Herr Gothe berichtet weiterhin, dass daneben eine große Halle liegt. Er legt dar, dass

man beraten muss, wie sich die Fassade dieser Großdachhalle zur Quitzowstraße darstellt, da sich auf der anderen Straßenseite normale Wohnhäuser befinden, insofern ist eine anspruchsvolle Aufmachung erforderlich.

Herr Titius (Geschäftsführer Hamburger Großmarkt GmbH) stellt das Unternehmen kurz vor und erläutert einige Eckdaten des Projektes. Es handelt sich um die Belieferung von gewerblichen Kunden und keinen Privatkunden. Die Eröffnung ist für Ende 2010 geplant. 200 Arbeitsplätze sollen entstehen.

Herr Kühnl (K+S Architekten) erläutert das Projekt anhand einer Powerpoint-Präsentation. Er verweist darauf dass sie u. a. das Projekt des Metromarktes am Ostbahnhof realisiert haben. Gebäudemasse: 100 Meter Gebäudetiefe, 180 Metern Gebäudelänge, Höhe 10 bis 12 Meter. Zur Siemensstraße wird eine Lärmschutzwand erstellt.

Herr Koch fragt nach, ob auch eine Lärmschutzwand zum Park hin realisiert werden soll, da der Lieferhof unmittelbar an den neu entstehenden Stadtpark angrenzt. Dies könnte zu erheblichen Lärmbelastungen führen.

Dazu wird ausgeführt, dass der Anlieferhof ca. 1,50 Meter tiefer als das hinten ansteigende Gelände liegt. Dies soll über eine Mauer erhöht werden, die das Grundstück einfasst, so dass ein gewisser Schallschutz zum Nachbargrundstück gewährleistet werden kann. Die Anlieferung findet nur von der Planstraßenseite statt. Es bestehen keine Schallemissionen zur Seite der Wohnungen.

Herr Bausch stellt fest, dass das Projekt nicht zukunftsfähig ist, da die Verkehrsströme alleine nur auf den mit Brennstoffen getriebenen Verkehr abgestellt sind. Ferner legt er dar, dass in dem Plankonzept keine Informationen über verkehrslenkende Maßnahmen vermerkt sind. Er führt dazu aus, dass sich die Beusselstraße an einer Belastungsgrenze befindet. Durch einen Verbrauchergroßmarkt würde eine zusätzliche Belastung stattfinden. Herr Bausch kritisiert, dass in dem Konzept nichts darüber dargestellt ist, inwieweit auf die Anforderungen der Stadtplanung und der Großprojekte reagiert wird, welche aus dem Klimawandel erfolgen. Herr Bausch fordert, dass die Wassermengen, welche auf dem Grundstück abfallen, aufbereitet und in horizontale Gärten eingeleitet werden. Auf Stellplatzanlagen soll aufgrund der temperaturerhöhenden Wirkung verzichtet werden. Die gesamten Dachflächen sollen als Klimaausgleichsflächen zur Verfügung stehen. Er gibt zu bedenken, dass durch die Größe des Projektes zu befürchten steht, dass, auf Grund fehlender Kaufkraft in Moabit, dortiger kleinteiliger Einzelhandel und dessen Arbeitsplätze verdrängt werden. Er bezweifelt, dass die vorgestellte Fassade so umgesetzt wird.

Dazu wird durch Herr Kühn berichtet, dass zur Zeit Untersuchungen laufen, ob es möglich ist, das gesamte Regenwasser versickern zu lassen. Die Versickerung soll auch den Bepflanzungen in der Nähe zukommen. Ferner ist geplant, einen Ausgleich über ein Solardach (10.000-15.000 qm Solardachzellen) herzustellen, wenn man einen Betreiber findet. Desweiteren wird geprüft, ob sich im Zusammenhang mit diesen Solarzellen eine Dachbegrünung darstellen lässt, die dann zur Regenwasserrückhaltung herangezogen werden soll.

Herr Pawlowski führt aus, dass er über eine positive Entwicklung in diesem Gebiet erfreut ist. Er fragt nach, an wen sich das Angebot des Großmarktes richtet.

Herr Titius antwortet, dass kein Einzelhandel stattfindet, sondern gastronomische Häuser (Hotels, Kantinen usw.) beliefert werden, ferner holen Gastronomen die Ware ab. Endverbraucher werden nicht angesprochen.

Herr Titius führt aus, dass 50% des Umsatzes überregional erfolgt und damit kein Arbeitsplatzverlust im Kiez zu befürchten steht. Es erfolgt kein Privatkundengeschäft

Herr Gothe ist der Ansicht, dass dieser Ort für das Projekt sehr gut geeignet ist, da er sehr weit in der Innenstadt liegt und auch eine gute Anbindung zur Autobahn aufweist. Die Anbindung erfolgt über die neu zu bauende Straße, belastet wird lediglich der Kreuzungsbereich. Zur Lärmemission für den Park führt er ergänzend aus, dass man sich bewusst für ein Konzept entschieden hat, welches nach Norden hin leicht ansteigt und mit einer 2,50 Meter hohen Kante zur Straße abschließt, um den Lärm der Straße aus dem Park abzuschotten.

Zur Gestaltung der Straße teilt Herr Gothe mit, dass er den jetzt gefundenen Ansatz, mit stehenden Gärten zu arbeiten, sehr gut und interessant findet. Er ist der Ansicht, dass

dies auch kleinklimatisch für den Straßenraum vorteilhaft ist. Er spricht sich für dieses Projekt aus.

Herr Bhaduri teilt mit, dass er ein Bewohner dieser Gegend ist. Er führt aus, dass das Projekt Unruhe erzeugen wird und die vorhandene Vogelwelt vertreibt. Er bittet um Informationen der Parkplatzsituation und ob der Parkplatz überdacht wird. Ferner fragt er nach den Öffnungszeiten.

Dazu wird ausgeführt, dass die Öffnungszeiten von Mo-Fr von 6:00 – 20:30 Uhr geplant sind, dies kann sich aber noch ändern. Am Samstag soll von 6:00 – 18:00 Uhr geöffnet sein. Der Parkplatz wird überdacht sein und somit auch einen gewissen Lärmschutz bieten.

## **zu 7.5 Vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für die Turmstraße und Müllerstraße - Planungsstand und Aussicht BE: Bezirksamt**

Frau Laduch teilt mit, dass die Senatsverwaltung auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung Bund/Land vom Februar 2009 im März den Senatsbeschluss zur vorbereitenden Untersuchung für die Gebiete Müllerstraße und Turmstraße gefasst hat. Der Beschluss wurde am 20.03.2009 im Amtsblatt veröffentlicht und ist somit rechtskräftig. Frau Laduch verweist auf die ausgehängte Karte zur Müller- und Turmstraße.

Sie legt dar, dass die Planungsleistungen für die vorbereitenden Untersuchungen von SenStadt ausgeschrieben wurden, um ein Planungsbüro zu finden, welches für die beiden Gebiete die planerischen Schwerpunkte in Bezug auf

- Städtebau
- städtebauliche Missstände
- Schwerpunktsetzung im Bereich bei Projekten/Prozessen und
- städtebaulichen Aktivitäten, die eventuell zu einem Sanierungsgebiet führen

ausarbeitet. Das Ergebnis soll innerhalb eines Jahres vorliegen. Das Büro soll innerhalb der nächsten drei Wochen gefunden werden.

Frau Laduch führt weiter aus, dass dieser Senatsbeschluss notwendig war, um für die Aktiven Zentren und alle anderen Förderkulissen einen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Aufgabe des Bezirkes ist es, für die Turmstraße einen Projektprozesssteuerer zu finden und somit eine Leistung auszuschreiben, der auf der Förderkulisse Aktive Zentren im Zusammenhang mit den vorbereitenden Untersuchungen aktiv werden kann, um in diesem Jahr die Mittel, die dem Bezirk für die Aktiven Zentren zugewiesen wurden, umzusetzen. Dieser soll aber direkt vernetzt werden mit den vorbereitenden Untersuchungen für die Sanierungsgebiete. D.h. der Bezirk schreibt kurzfristig eine Leitung aus, die im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen nicht die planerische Leistung betrifft, sondern Leistungen zur Umsetzung und Partizipation der Bürger im Rahmen der Aktiven Zentren. Das gilt aber nur für das Gebiet der Turmstraße. Frau Laduch erklärt, dass planerische Leistungen mit der Beauftragung der vorbereitenden Untersuchungen abgedeckt werden. Direkte Umsetzungsprozesse werden über die Gebietskulisse Aktive Zentren aktiviert.

Herr Koch teilt mit, dass es möglich ist, Elemente der Sozialen Stadt in die Sanierungsziele zu integrieren. Er fragt nach, ob es diesbezüglich schon Überlegungen gibt. Ferner legt er dar, dass die SPD-Fraktion darum bittet, dass diese Dinge erwägt und nach Möglichkeit auch mit berücksichtigt werden.

Frau Hilse fragt nach, warum für beide Gebiete (Müllerstraße und Turmstraße) unterschiedliche Verfahren gewählt werden sollen.

Frau David fragt nach, warum der zeitliche Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen für die beiden Gebiete unterschiedlich ist

Herr Gothe antwortet, dass die Senatsverwaltung für die Voruntersuchung als Sanierungsgebiet für beide Gebiete ein Büro auswählen will. Bei den Aktiven Zentren ist es so, dass man sofort in der Turmstraße beginnen will, in der Müllerstraße soll der Start

erst später erfolgen. Wenn die Voruntersuchung für das jeweilige Sanierungsgebiet abgeschlossen ist, sollen die Aufgaben eines Sanierungsträgers auch von den, für die Aktiven Zentren ausgewählten Büros, mit übernommen werden. Dies soll zusätzliche Schnittstellen verhindern.

Nach weiteren Nachfragen und allgemeinen Unverständnis teilt Frau Laduch mit, dass man die vorbereitenden Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“ (TOP 7.6) sehen muss. Sie bittet, diese beiden Themenfelder in einem TOP zu behandeln.

Auf eine weitere Nachfrage führt Herr Lange aus, dass die vorbereitenden Untersuchungen für beide Kulissen bereits ausgeschrieben sind, in drei bis vier Wochen sollen die Untersuchungen beginnen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die städtebaulichen Mängel sich eher auf das Thema –Öffentlicher Raum- beziehen, das Thema –Soziale Stadt- soll ebenfalls mit aufgenommen werden. Er bezieht sich auf die erweiterte Kulisse und berichtet dazu, dass ein Teil des Sparrplatzes (jetzt noch QM-Gebiet) in die vorbereitende Untersuchung einläuft. Der gesamte Brüssler Kiez, welcher eine aktive Bürgerschaft aufweist, ebenfalls. Es geht auch darum, diese Zielgruppen in den Zielfindungsprozess mit einzubeziehen.

Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen wird es eine Auftaktveranstaltung geben, alle weiteren Konkretisierungen des Rahmenplanes müssen noch beraten werden. Herr Lange führt weiter aus, dass das Programm –Aktive Zentren- bereits läuft, im Jahre 2008 war für ein halbes Jahr ein Gebietsbeauftragter zuständig. D.h. erste Programmmittel für Projekte wurden bereits gebunden, als Ergebnis der Auftaktveranstaltung und nachfolgender Bürgerforen. In der Turmstraße läuft zur Zeit ein Verkehrsstrukturkonzept, als zweites soll ein Freiraumstrukturkonzept, mit Hilfe von planerischen Untersuchungen, realisiert werden.

Herr Lange legt weiter, dass der Projektprozess- und Projektsteuerer dem Bezirk helfen soll, den Rahmenplan zu konkretisieren. Er ist nicht für die Planung zuständig, d.h. bei einer planerischen Bearbeitung muss ein anderes Büro beauftragt werden. Insofern wird die Vergütung der Partner an Bezirksseite nicht mehr so üppig ausfallen wie zu damaligen Sanierungsträgerzeiten.

Frau Breinfeld-Markowski (BI Brüsseler Kiez) bittet das Bezirksamt, dass die Bürgerinitiative in die kommenden Verfahrensschritte eingebunden wird.

Herr Bertermann schlägt vor, diesen TOP in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln. Die restlichen TOPs werden vertagt.

**zu 7.6 Förderprogramm "Aktive Stadtzentren" - Planungsstand und Aussicht**  
**BE: Bezirksamt**  
vertagt

**zu 7.7 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Luisenstadt - Planungsstand und Aussicht**  
**BE: Bezirksamt**  
vertagt

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung von Drucksachen und**  
**Bezirksamtsvorlagen**  
vertagt

**zu 8.1 Massiver Ausbreitung von Spielhallen in den Einkaufsstraßen begegnen**  
**DS 1204/III CDU-Fraktion**  
vertagt

**zu 9 Verschiedenes**  
Herr Bertermann schlägt folgende Themen für die nächste Tagesordnung vor:

- Diskussion Molkenmarkt unter Einbeziehung von SenStadt
- Präsentation Halbjahresplanung Ordnungsmittel
- vertagte TOPs der heutigen Sitzung

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

gez. Bertermann  
Vorsitzender

gez. Sager  
Protokollantin